

UNION IN DEUTSCHLAND

Informationsdienst der Christlich-Demokratischen und Christlich-Sozialen Union Deutschlands
HERAUSGEGEBEN VON BRUNO DÖRPINGHAUS

Deutschland-Union-Dienst (DUD)

Ausgabe für alle Mitarbeiter in der CDU/CSU

Verlag und Redaktion Frankfurt a. M., Bettinastraße 64 - Fernruf 77178/77906/75924

Zahlungen an: Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU Deutschlands auf: Postscheckkonto Frankfurt a. M. Nr. 39967
Hessische Bank Frankfurt a. M. Nr. 125739; Mitteldeutsche Kreditbank Frankfurt a. M. Nr. 36099

Nr. 53 / 4. Jahrgang

Frankfurt a. M., 12. Juli 1950

Seite 1

A IV 6c Arbeitsvermittlung

Rückgang der Arbeitslosigkeit — ein Erfolg der Bundesregierung

Die Politik der Bundesregierung hat als Anliegen Nr. 1 die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in ihrem Programm. Jedes nur denkbare Mittel wird angewandt, um Arbeitsplätze zu schaffen. Jedermann weiß, wie schwierig angesichts der beschränkten Mittel der Bundesrepublik diese Aufgabe ist. Um so erfreulicher scheint es, daß seit Monaten die Zahl der Arbeitslosen dank der Maßnahmen der Regierung ständig zurückgeht und darüber hinaus die Beschäftigtenzahl in noch stärkerem Maße wächst.

Der Monat Juni brachte der Bundesregierung den bisher größten Erfolg ihrer Bemühungen. Nicht weniger als 130 000 Menschen wurden der Arbeitslosigkeit entrissen. Außerdem gelang es, fast 100 000 Jugendliche und neu ins Bundesgebiet eingewanderte Personen in Arbeit zu bringen. Die Zahl der Arbeitslosen im Bundesgebiet nähert sich absteigend der 1,5-Millionen-Grenze.

Leider ist diese erfreuliche Tatsache in den Presseveröffentlichungen gewissermaßen nur am Rande vermerkt worden, während noch vor wenigen Monaten die zunehmende Arbeitslosigkeit jeweils groß herausgestellt und als Argument gegen die Politik der Regierung gewertet wurde. Die Gerechtigkeit würde es gebieten, nun auch die umgekehrte Folgerung zu ziehen und öffentlich die gewaltige Leistung der Bundesregierung anzuerkennen.

Wir meinen, es sei eine schlechte Auffassung von der Aufgabe der Presse, nur Kritik zu üben. Es ist ihre nicht mindere Pflicht, der Bundesregierung Hilfsstellung zu gewähren, wenn sie auf dem erfolgreichen Wege zur Lösung eines sehr ernstes Problemes ist. Es wäre daher gut, wenn von der Abnahme der Arbeitslosenzahl in gebührender Ausführlichkeit gesprochen würde.

A IV 1 g Presse

Die politischen Seitensprünge des Herrn Hünerfauth

In der pfälzischen Presse erscheinen in der letzten Zeit in regelmäßiger Folge Artikel des früheren Hauptschriftleiters der nationalsozialistischen „NSZ-Westmark“ und engsten Mitarbeiters des ehemaligen Gauleiters Josef Bürkel, des Redakteurs Hünerfauth, die wegen ihrer nationalbolschewistischen Tendenz in weiten Kreisen der Bevölkerung stärkstes Bedenken auslösen. In den demokratischen Kreisen des Pfälzer Volkes, vor allem in der Arbeiterschaft, bezeichnet man es als skandalös, daß ein Mann wie Hünerfauth, der im „Dritten Reich“ als Gefolgsmann von Goebbels im vollen Rampenlicht der Öffentlichkeit stand, es heute wieder wagen darf, dem deutschen Volk seine neofaschistischen Elaborate aufzutischen. Man wundert sich auch darüber, daß ein derartiger Mißbrauch der demokratischen Pressefreiheit nicht nur vom Berufsverband der Journalisten, sondern auch von einem Zeitungsverleger geduldet wird, der Hünerfauth bereitwillig die Spalten seiner Zeitung zur Verfügung stellt.

Die CDU der Pfalz ist nicht gewillt, die politische Brunnenvergiftung des Herrn Hünerfauth stillschweigend hinzunehmen. In einer Kreiskonferenz der CDU in Bad Dürkheim sprach der bekannte pfälzische Politiker, Studienrat Dr. Albert Finck, Hamsbach, hierzu ein sehr offenes Wort. Dr. Finck verwahrte sich gegen die einseitig negative Haltung, die Hünerfauth in seinen Artikeln zum Beitritt der Bundesrepublik in den Europarat zum Ausdruck gebracht hatte. Unter der Überschrift „Der Prellbock“ und „Der Aufmarsch“ sprach Herr Hünerfauth dort von Kreuzzugsromantik, und er fragte, ob wir gerettet sind, wenn wir mit fliegenden Fahnen in den atlantischen Militärpakt einrücken. Man müsse die Neutralitätsmeinung des „Nauheimer Kreises“ ebenso ernst nehmen wie alle anderen Äußerungen, die vor überstürzten „Abenteuern“ warnen.

Man kann mit einem ernsthaften politischen Gegner sachlich darüber diskutieren, ob der Beschluß des Bundestages richtig war. Die CDU hat im Bewußtsein ihrer Verantwortung ihr Ja gesagt, und man könnte es bei dem Abstimmungsergebnis, das eine höchst eindrucksvolle Mehrheit für

die Europapolitik des Bundeskanzlers erbrachte, bewenden lassen. Herr Hünerfauth ist aber leider nicht der Mann, mit dem ruhig und sachlich zu diskutieren ist. Er gefällt sich in einer Tonart, die bestenfalls unbelehrbaren Pgs eine vertraute Melodie ist, für die aber die Masse des pfälzischen Volkes absolut kein Verständnis hat. Dieses Volk mißbilligt mit aller Entschiedenheit die provozierende Tendenz der Artikel, die sich durch fortgesetzt negative Kritik an der Bundesregierung und vor allem an der Person des Bundeskanzlers auszeichnen. Diese Art der politischen Stimmungsmache, hinter der sich ein unverbesserlicher Gefolgsmann seines Herrn und Meisters Goebbels verbirgt, lehnt das pfälzische Volk energisch ab, und es erwartet, daß diesem Herrn Hünerfauth baldigst das Handwerk gelegt wird.

A VI Sowjet. bes. Zone

Aus der Ostzonen-CDU

Der thüringische Versorgungsminister Dr. Gillesen (Ost-CDU) hat dem thüringischen Ministerpräsidenten seinen Rücktritt erklärt. Laut ADN beruht der Rücktritt „auf einer Ueberprüfung der Arbeitsweise des thüringischen Versorgungsministeriums.“ — In der letzten Stadtverordnetenversammlung in Frankfurt/Oder gab der Stadtverordnetenvorsteher bekannt, daß alle Mitglieder der CDU-Stadtverordnetenfraktion ihre Mandate niedergelegt haben. — Der als „reaktionär“ angegriffene und „staatsfeindlicher Umtriebe“ beschuldigte CDU-Kreisvorsitzende von Stendal, W. Nachtigall, ist nach seiner Flucht in die Bundesrepublik aus der Partei ausgeschlossen worden. — Seiner Funktionen als CDU-Kreisverbandsvorsitzender wurde der CDU-Landtagsabgeordnete Johannes Kränzlein aus Halle enthoben, weil er durch Sonderverhandlungen mit der LDP in die „Methode der überlebten Koalitionspolitik“ zurückgefallen war.

A II e 3 Minister**Unbegründete Gerüchte um Dr. Heinemann**

Als „unzutreffend und völlig unsinnig“ bezeichnete Bundespressekchef Dr. Brand eine Schleswig-Holsteiner Pressemeldung, wonach Bundeskanzler Dr. Adenauer beabsichtige, nach den Schleswig-Holsteinischen Wahlen Bundesinnenminister Dr. Heinemann aus dem Kabinett zurückzuziehen, um dafür einen dem katholischen Episkopat genehmeren Minister zu berufen.

Bundesinnenminister Dr. Heinemann ist Präses der Generalsynode der Evangelischen Kirche in Deutschland und hat in dieser Eigenschaft die Evangelische Generalsynode in Ost-Berlin Ende April ds. Js. geleitet.

A III 1 a CDU/CSU**Anträge der Bundestagsfraktion**

Die CDU/CSU-Fraktion hat im Bundestag die beschleunigte Bereitstellung von weiteren 120 Mill. RM aus Soforthilfemitteln für die Hausratshilfe beantragt. In einem weiteren Antrag wünscht die Fraktion, daß im Rahmen des Emslandprogrammes 4 Mill. DM für die Aufnahme der jahreszeitlich bedingten Arbeiten freigegeben werden. Schließlich bittet die Fraktion die Bundesregierung, Besprechungen mit der Hohen Kommission über die Befriedigung von Ansprüchen solcher Besatzungsgeschädigten einzuleiten, die körperliche Schäden davongetragen haben.

A V n Landtagswahlen**CDU/FDP ficht Landtagswahl an**

Die Wahlgemeinschaft CDU/FDP des Wahlkreises Halle hat die Gültigkeit der Wahl zum neuen Landtag Nordrhein-Westfalen im Wahlkreis Halle angefochten. Die Wahlgemeinschaft ist der Ansicht, daß die Deutsche Partei und das Zentrum ihre Kandidaten nicht ordnungsgemäß gewählt haben. Im Wahlkreis Halle wurde der sozialdemokratische Kandidat Emil Groß gewählt.

A IV 6 g Fürsorgewesen**CDU für freie Wohlfahrtspflege**

Die CDU-Fraktion des hessischen Landtages erörterte in einer außerordentlichen Sitzung am 3. Juli die Möglichkeit eines verstärkten Einsatzes der freien Wohlfahrtspflege. Die Fraktion faßte ihre Meinung dahin zusammen, daß auf eine staatliche Unterstützung der freien Wohlfahrtspflege im Hinblick auf das Wohl der Landbevölkerung nicht verzichtet werden könne. Die Fraktion sprach sich ferner gegen die von der SPD überraschenderweise vorgebrachten Abänderungsvorschläge zum Entwurf eines Landeswahlgesetzes aus. Die CDU-Fraktion besteht darauf, daß der von den Koalitionsparteien gemeinsam ausgearbeitete Entwurf noch vor der Volksabstimmung am 9. Juli der Öffentlichkeit unterbreitet wird.

A IV 3 a Allgemeines**Ein neues Wirtschaftsprogramm**

Der Vorsitzende des wirtschaftspolitischen Ausschusses des Bundestages, MdB Etzel, kündigte ein neues großes Wirtschaftsprogramm der Bundesregierung an, das dem Bundestag im kommenden Herbst vorgelegt werden soll. Die Grundlinien dieses Programms, das auf den Erfahrungen dieses Jahres aufbauen wird, werden gegenwärtig im wirtschaftspolitischen Ausschuß festgelegt.

A IV 10 a Allgemeines**Gesetz gegen Spitzeltum**

Die Berliner CDU verlangt in einem Gesetzentwurf die Bestrafung derjenigen, die absichtlich totalitären Bestrebungen Vorschub leisten oder Mitteilungen an Dritte gelangen lassen und dadurch das Spitzelunwesen fördern. Es sind Zuchthausstrafen bis zu fünf Jahren vorgesehen. Auf lebenslängliches Zuchthaus kann erkannt werden, wenn bei der Handlung des Täters ein anderer an Leib und Leben oder Gesundheit schwer geschädigt oder in der Freiheit beeinträchtigt worden ist. Vorbereitungen zur Tat sollen dem Versuch gleichgestellt werden.

A IV 7 b Lastenausgleich**Entwurf des Lastenausgleichsgesetzes**

Der vom Bundesfinanzministerium fertiggestellte Referentenentwurf eines Gesetzes über den endgültigen Lastenausgleich ist am 5. Juli den einzelnen Bundesministerien zugeleitet worden. Nach Auffassung von MdB Dr. Kather (CDU), dem Vorsitzenden des Bundestagsausschusses für die Heimatvertriebenen und des Zentralverbandes vertriebener Deutscher (ZVD) entspricht der Entwurf nicht den von den Regierungsparteien aufgestellten Unkeler Leitsätzen, da er die dort geforderte echte Vermögensverlagerung völlig übersehe. Auch der Vorsitzende des Lastenausgleichsausschusses, MdB Kunze (CDU) lehnte den Referentenentwurf aus den gleichen Erwägungen ab.

A III 1 a CDU/CSU**Deutsche für die Fremdenlegion?**

Eine Gruppe von CSU-Bundestagsabgeordneten ersuchte die Regierung um Auskunft, über nach ihrer Mitteilung gegenwärtig im Bundesgebiet stattfindende Einberufungen deutscher Staatsbürger zur Luftwaffe der französischen Fremdenlegion. Die Interpellation weist darauf hin, daß die Tatsache dieser Einberufungen von zuverlässigen Gewährsleuten bestätigt worden sei. Es wird ferner darauf hingewiesen, daß sich die Anwärter in Ehrenbreitstein zu melden haben. — Das französische Oberkommissariat hat am 30. Juni dementiert, daß die französische Fremdenlegion deutsche Flieger anwerbe und in Ehrenbreitstein und Recklinghausen zu diesem Zweck Anwerbeposten bestünde. Ein Sprecher des amerikanischen Oberkommissariats hat zu der Anfrage der CSU mitgeteilt, daß von amerikanischen Dienststellen in Deutschland derartige Einziehungen nicht vermittelt würden. Die CSU-Abgeordneten Strauß und Dr. Jäger sind der Auffassung, daß durch die Dementis die Vermutung nicht widerlegt worden sei, daß von französischen militärischen Stellen die wirtschaftliche Not und die Abenteuerlust ehemaliger deutscher Soldaten ausgenutzt wird.

A V f Nordrhein-Westfalen**Kabinettsproblem Nordrhein-Westfalen**

Der am 18. Juni neugewählte Landtag wählte in seiner konstituierenden Sitzung am 5. Juli erneut den Oberbürgermeister von Düsseldorf und Vorsitzenden der kath. Arbeitervereine Westdeutschlands, Josef Gockeln, zum Landtagspräsidenten. Das Kabinett Arnold wird entsprechend der Landesverfassung die Geschäfte bis zur Bildung einer neuen Landesregierung weiterführen. Die CDU-Fraktion fordert im neuen Kabinett die Posten des Ministerpräsidenten sowie des Innen- und des Kultusministers. Ein achtköpfiger Ausschuß soll den Standpunkt der Fraktion für die Regierungsverhandlungen formulieren.

C d Junge Union**Jüngere Generation
diskutiert deutschen Föderalismus**

In Luzern fand vom 24. bis 26. Juni 1950 auf Einladung des Präsidenten der Jüngeren-Sektion der NEI, Dr. Leo Schürmann (Solothurn), ein Treffen von Vertretern der Jungen Union Deutschlands, der Jugendbewegung der Oesterreichischen Volkspartei und der schweizer Jungkonservativen und Jungchristlichsozialen statt. Dieses Treffen diente dem Gedankenaustausch über Fragen des Föderalismus in Deutschland, Oesterreich und der Schweiz. Von deutscher Seite beteiligten sich die JU-Landesvorsitzenden von Baden, Herbert Hellmann (Bad Krozingen) und Württemberg-Hohenzollern, Dr. Wilhelm (Tübingen), der Bundessekretär der JU Deutschlands, Helmut Ziegler (Freiburg), der Bundestagsabgeordnete Dr. Jaeger (Eichstätt) und FrL Ursula Wilke (Goslar); ferner waren anwesend die Redakteure Walter Ferber (Singen) und P. W. Wenger (Koblenz). Die Aussprachen richteten sich vornehmlich auf die Förderung der Selbstverwaltung und der Gemeindefreiheit. Anschließend an Referate der Vertreter der einzelnen Länder wurden in einer lebhaften Diskussion über Staatsaufbau und Staatsverfassungen auch Probleme einer künftigen europäischen Verfassung berührt. Den Abschluß der Tagung bildete ein öffentliches Forum der Luzerner Jungkonservativen und Jungchristlichsozialen, bei dem die Tagungsteilnehmer den zahlreich erschienenen Luzernern Rede und Antwort standen. Die gemeinsame Arbeit auf diesem Gebiet soll fortgesetzt werden.